

Die Gewerkschaft.

Organ für die
Interessen der in Gemeindebetrieben beschäftigten Arbeiter und Unterangestellten.
Publications-Organ
des Verbandes der in Gemeindebetrieben beschäftigten Arbeiter und Unterangestellten.

Erscheint alle 14 Tage Sonntags.
Bezugspreis 80 Pf. pro Vierteljahr.
Einzelnnummer 15 Pf.

Verantwortlicher Redakteur und Verleger:
Bruno Voersch,
Berlin W. 30, Gleditschstraße 49.

Insertate, die 2 gespaltene Petit-
Zeile 30 Pf.
Versammlungs- u. Vereinsanzeigen 15 Pf.
Bei Wiederholung Ermäßigung.

Nr. 21.

Berlin, 5. November 1899.

3. Jahrg.

Die Lohn- und Arbeits-Verhältnisse in Gemeindebetrieben.

III.

Wenn wir nun die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der städtischen Arbeiter etwas näher betrachten, so werden wir finden, daß sie in den meisten Gemeinden weit davon entfernt sind als musterhaft und vorbildlich bezeichnet werden zu können. Im Gegenteil finden wir, daß sie vielfach noch schlechter sind als in der Privatindustrie. Woher kommt das? Hierbei wirken verschiedene Faktoren mit. Einmal ist es die Zusammensetzung der Gemeinde-Kollegien (Stadtverordneten-Versammlung, Rath, Stadtrath u.). Auf Grund der gesetzlichen Bestimmungen haben in den Gemeinde-Kollegien die Beisitzenden vollkommen die Macht in Händen; sie befinden sich hier in der übergroßen Mehrheit.

Prof. Bücher macht diesbezüglich in seinem schon vorher erwähnten Vortrage folgende Ausführungen:

„Unsere Städteordnungen — wie wir wissen, meist aus dem ersten Drittel dieses Jahrhunderts stammend — unterscheiden eigentlich zwei Stadtgemeinden: eine für die Pflichten und eine für die Rechte. Zur Pflichtgemeinde gehören alle, welche sich länger als drei Monate in der Stadt aufhalten. Sie alle müssen Gemeindesteuern zahlen. Zu der mit Rechten begabten Stadtgemeinde gehören dagegen nur diejenigen, welche das Gemeindebürgerrecht erworben haben. Sie allein wählen die Gemeindevertretung. Allerdings steht nach dreijährigem Aufenthalt in der Gemeinde der Erwerb des Bürgerrechtes Jedem frei; aber thatsächlich erfolgt derselbe in so geringem Maße, daß in unseren Großstädten $\frac{1}{3}$ bis $\frac{1}{2}$ der Einwohner in Gemeindeangelegenheiten völlig rechtlos sind. Während auf je 100 Einwohner im Deutschen Reich 22 Personen kommen, die zum Reichstag wahlberechtigt sind, können in Berlin und Leipzig nur 7 bei den Stadtverordnetenwahlen mitwirken, in Breslau bloß 5 und in Dresden nur 4,5.“

Dann kommt hinzu, daß die Wahlberechtigten nicht etwa alle gleiche Stimmen haben, sondern hierbei der Geldsack eine große Rolle spielt. Die Stimme eines reichen Mannes gilt nach unseren Gesetzen viel mehr als die Stimme eines Mannes mit nur geringem Einkommen. Ein Beispiel dafür: In Charlottenburg gehörten bei der 97er Stadtverordnetenwahl der I. Abtheilung 231, der II. 1111 und der III. 22 934 Wähler an. Die 231 Wähler der I. Abtheilung hatten ebensoviel Stadtverordnete zu wählen als die 22 934 Wähler der III. Abtheilung.

Ferner herrscht in einem großen Theile Deutschlands die Bestimmung, daß die Hälfte der Stadtverordneten aus Hausbesitzern bestehen muß. Die Verwaltung der Gemeinden ist also, wie wir gesehen haben, vollständig dem Geldsack ausgeliefert.

Angeichts dieser Thatsachen ist es dann auch nur zu begreiflich, daß man für die städtischen Arbeiter bisher keine besonders guten Lohn- und Arbeitsbedingungen geschaffen hat. Diejenigen, welche in den Gemeinden die Macht besitzen, haben das Interesse, den städtischen Arbeitern nicht besonders gute

Lohn- und Arbeitsbedingungen zu gewähren. Wenn man für die städtischen Arbeiter musterghilte Lohn- und Arbeitsverhältnisse schaffen würde, so bliebe das nicht ohne Einfluß auf die Privatunternehmungen. Die Arbeiter der Privatindustrie würden sich bei ihrem Vorgehen auf die Verhältnisse in den Kommunalbetrieben berufen. Das wissen die Beisitzenden in den Gemeinde-Kollegien sehr gut und daher schaffen sie keine vorbildlichen Zustände. Der Geist, welcher in dieser Beziehung in unseren Gemeinde-Kollegien herrscht, wird vornehmlich durch den Ausspruch des Berliner freimüthigen Stadtverordneten Max Schulz charakterisirt, den derselbe kürzlich in einer Kommunalwähler-Versammlung that. Derselbe sagte: „Die Stadt darf den privaten Arbeitgebern keine Schwierigkeiten und Hindernisse bereiten. Das wäre aber der Fall, wenn die Stadt ihre Arbeiter wesentlich besser bezahlen und rücksichtsvoller behandeln wollte, als das andere Arbeitgeber thun. Hierdurch würde sie die privaten Unternehmer zwingen, nun auch ihren Arbeitern bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu gewähren.“

Dann kommt noch etwas Anderes hinzu. Es ist das die soziale Geringschätzung, mit welcher der deutsche Arbeiter heute noch im Allgemeinen — ganz besonders in Nord- und Mitteldeutschland — behandelt wird. Steht der deutsche Arbeiter auch nach der Gesetzgebung mit den anderen Gesellschaftsklassen auf einer vollkommen gleichberechtigten Stufe, so ist doch diese Gleichberechtigung noch lange nicht in der Wirklichkeit in dem sozialen Leben anerkannt. Die herrschenden Kreise sehen in dem Arbeiter ein Wesen, das viel, viel tiefer steht, als wie sie. Sie sind der Ansicht, daß die Arbeiter überhaupt keine Berechtigung auf eine anständige Erziehung besitzen, daß sie zum „Dienen“ und „zur Arbeit“ für die Reichen geboren seien und nur von ihrer Gnade leben.“ Wie früher der Adelige, als das heute besonders in den Kommunen herrschende Bürgerthum selbst noch zur unterdrückten Klasse gehörte, mit Verachtung sagte: „Es ist ja nur ein Bürgerlicher!“ so sagt heute das Bürgerthum: „Es ist ja nur ein Arbeiter!“ — Dieser Geist herrscht ganz besonders in den Gemeindeverwaltungen. Man hat für die höheren und mittleren Organe der Gemeinde — wie wir bereits betonten — eine auskömmliche und gesicherte Erziehung geschaffen, für die Gemeindegewerkschaften ist dieses aber bisher in den meisten Kommunen noch nicht geschehen. „Danken Sie Gott, daß wir Sie beschäftigen“, heißt es, sowie die städtischen Arbeiter Wünsche äußern.

Dann sind es aber ferner noch ganz besonders die leitenden Beamten der städtischen Betriebe, die erheblich zu der schlechten Lage der Gemeindegewerkschaften beitragen. Dieselben bekommen von den höheren Gemeindebehörden durch den Etat die Summen und die Arbeiter zugewiesen, welche sie zu ihrem Betriebe notwendig haben. Jeder Beamte strebt nun darnach, am Ende des Geschäftsjahres möglichst weniger verbraucht zu haben als laut dem Etat veranschlagt war. Wenn er z. B. nach dem Etat 100 000 Mk. verbrauchen darf, so geht sein Bestreben dahin, mit 95 000 Mk. auszukommen, also 5000 Mk. weniger auszugeben. Dieses Streben ist ja an und für sich nicht zu verurtheilen, sondern liegt im Interesse der Gemeinden. Es wird aber bei diesem Streben leider nur zu oft über die Schürze gehauen. Man verlangt schließlich von den Arbeitern eine erheblich größere Arbeitsleistung, als sie die obere Stadtbehörde wünscht und zahlt den Arbeitern nicht die Löhne, welche gezahlt

werden sollen. Das macht man, um auf solche Art und Weise einige Tausend Mark zusammen zu bekommen, die dann als „weniger verbraucht“ gebucht werden. Wenn dann schließlich noch der Umstand hinzukommt, daß in einer Gemeinde mehrere gleiche Betriebe aufzuweisen sind, wie z. B. zwei Gießwerke, dann haben die Arbeiter ganz besonders zu leiden. Unter den Leitern dieser Betriebe beginnt dann ein Konkurrenzkampf; der Eine will besser abschließen als der Andere und dieser Kampf wird dann auf Kosten der Arbeiter ausgefochten.

Dit aber sind es auch persönliche Interessen, welche die Betriebsleiter zu den geschilderten Handlungen veranlassen. Man will „oben“ gut angesehen sein, als tüchtiger Beamter gelten und schnelle Karriere machen.

Dann kommt noch die politisch-soziale Anschauung der Betriebsbeamten hinzu. Ein Teil derselben sieht auf politisch reaktionärem Standpunkte, sieht jede selbständige Bewegung der Arbeiter als ein Verbrechen an und sucht daher seine Meinung in den ihn unterstellten Betrieben zur Durchführung zu bringen. Jedes sozialpolitische Verständnis fehlt ihnen in der Regel und daher irren sie sich gegen jeden Fortschritt. Welche Anschauungen in diesen Kreisen herrschen, dafür noch einen Beweis. In Berlin besam kürzlich ein mittlerer Betriebsbeamter eine Nummer unserer Fachzeitung in Händen, die unter Anderem auch in einem Bericht für die städtischen Arbeiter-Ferien forderte. Als er diese Stelle las, sagte er: „Wenn es nach mir ginge, müßten die ganzen Verbandsmitglieder entlassen werden. Woher Unterschied ist denn noch zwischen den Beamten und den Arbeitern, wenn auch diese Ferien bekommen sollen?“

Dann zu den Organen, welche die Aufsicht über die Arbeiter ausüben. Zum Teil sind es Elemente, die selbst aus Arbeiterkreisen hervorgegangen oder Militäranwärter. Viele von ihnen huldigen das Prinzip: „nach unten brutal, nach oben fröhlich.“ — Auf diese Art und Weise glauben sie, am besten ihr persönliches Interesse wahren zu können. Die Militäranwärter dagegen belieben es im preussischen Unteroffiziersstunde die Arbeiter zu behandeln und militärische Disziplin von denselben zu verlangen. Sind uns doch Fälle bekannt, wo diese Elemente von den Arbeitern forderten, daß sie vor ihnen stamm zu stehen haben. — „Die Hände an der Fohrennast, die Haden zusammen, so haben sie vor mir zu stehen.“ Solche Anforderungen haben schon oft städtische Arbeiter zu hören bekommen.

Nachdem wir nun die hauptsächlichsten Momente kennen gelernt haben, welche die gegenwärtige schlechte Lage der Gemeindearbeiter verursachen, werden wir in den nächsten Artikeln auf die speziellen Lohn- und Arbeitsverhältnisse eingehen und den eigentlichen Forderungen näher treten.

(Fortsetzung folgt.)

Die Organisation der im Kommunaldienst Angestellten in Australien.

Bekanntlich erfreuen sich die australischen Kolonien einer außerordentlich freibewilligen, jedem Fortschritt auf sozialem Gebiete fördernden Regierung. Der Einfluß der britischen Gouverneure ist gleich Null, die Kolonien werden nur dem Namen nach monarchisch, in Wirklichkeit jedoch demokratisch verwaltet. Die Arbeiterpartei ist politisch ausschlaggebend, eine Stellung, welche sie sich in erster Linie durch ihre irramme gewerkschaftliche Organisation erkämpft hat. Deutsche Reisende, welche den jüngsten Erdteil nur flüchtig kennen gelernt haben, schreiben die herrschende Vorherrschaft der handarbeitenden Klassen mit dem die Kleinsauern, die Farmer gemeinsame Sache machen, der Beschränktheit des Arbeitsmarktes und der künstlichen Fernhaltung mittellose Einwanderung zu, allein ein zehnjähriger Aufenthalt bei unseren Gegenfägern belehrte mich, daß in erster Linie die wunderbare Organisation aller Berufe, der sich auch kein einziger Angestellter entzieht, die günstige Wirkung hervorgerufen hat. Einer der am meisten begünstigten ausgeheirateten Verbände ist nun die „Union of City Corporations' Employees“, die Vereinigung im Kommunaldienst Angestellter. Sie verdankt ihren Ursprung einer kleinen Bewegung in der Seidenstadt Ballarat in Victoria. Im Jahre 1872 waren dort die Arbeiter der städtischen Gießwerke mit ihrer Arbeitszeit unzufrieden, da man von ihnen 10 Stunden Tdangzeit forderte, während in vielen australischen Betrieben schon seit 1856 der achtstündige Arbeitstag eingeführt war. Als diese städtischen Angestellten ihre gerechte Forderung durchsetzen wollten, empfanden sie zum ersten Male den Uebelstand, keiner Organisation anzugehören, in einer

Ausstandsbewegung macht- und heerlos zu sein. Ein Feiger James Mac Murdoch nahm in Erkenntnis der schwierigen Lage Anlaß, die gesamten städtischen Angestellten zur Bildung eines lokalen Verbandes aufzufordern und er verstand es, auf der konstituierten Versammlung die Berufsinteressen so eindringlich den Anwesenden darzutun, daß sofort sämtliche städtische Bedienstete dem neuen Verbande beitraten. Der Bürgermeister der Stadt fand dies Vorgehen, obwohl es gegen die städt. Körperschaft gerichtet war, anerkennenswert und legte dem Unternehmen keinerlei Hindernisse in den Weg. Ehe noch der Verband sich Ballarat's Statuten unterworfen hatte, bewirkten die über die Bildung des Vereins in der stark verbreiteten Tagespresse erschienenen Mitteilungen, daß auch in anderen Städten der gleiche Plan besprochen und später auch ausgeführt wurde. Es entjanden innerhalb eines halben Jahres in sämtlichen größeren Orten der australischen Kolonien Lokalverbände, die aber oft grundverschiedene Statuten aufwiesen. In jeder Stadt setzten Umfang und besondere Verhältnisse dem Wirkungsfeld des Verbandes bestimmte Grenzen, so lange die Organisation eine örtliche blieb. Die meisten und hervorragenden Vorteile, welche sich Verbandsmitgliedern in großen Städten, wie Sydney, Melbourne, Brisbane u. d. d. darboten, konnten in kleinen Orten überhaupt nicht erzielt werden. Darunter gehörten: entwickeltes Kassenswesen, Konsumvereine u. s. f. Im Jahre 1879, als zur hundertjährigen Jubiläumsfeier der Entdeckung Australiens durch den Kapitän Cook zu Sydney eine Weltausstellung stattfand, lud nun der Vorsitzende des Sydney-Verbandes, Henry Wilson, alle übrigen Verbände zu einer Feierng behufs Zentralisierung der Organisation und Ausarbeitung einheitlicher Statuten ein. Auf der Konferenz hatten je 50 Mitglieder eine Stimme und demgemäß erfolgte die Entsendung von Delegierten.

Die Versammlung einigte sich nach einer sechsstündigen Sitzung über das einheitliche Programm und erkor Melbourne zum Sitz der Zentralleitung, welche sich zusammensetzt aus Vorsitzenden, Schriftführer und Kassenswart nebst je einem Stellvertreter. Jeder Ortsverband hat die gleichartig zusammengestellte Leitung. Beide Ausschüsse werden jährlich gewählt, die Zentralleitung durch die Ortsverbände in der jährlich abgehaltenen Generalversammlung, in welcher auch Rechnungslegung der Zentrale erfolgt. Die Revision der lokalen Ausführung und der bestehenden Wohlfahrtsanstalten erfolgt durch ein Mitglied des Zentralvorstandes wenigstens zweimal im Jahre. Neuerdings hat man jedoch zu diesem Zwecke besondere Revisoren ernannt, welche 20 Mt. Tageslohn und 60 Mt. Wochenlohn empfangen. Der Zentralvorstand hat ein Wochengehalt von 50 Mt., der Lokalvorstand je nach der Größe der Stadt und dem Umfange seiner Befähigung von 40—60 Mt. Der Sekretär des wöchentlich erscheinenden Fachblattes bezieht 100 Mt. wöchentlich.

Der Mitgliedsbeitrag beläuft sich auf 2 Mt. wöchentlich für alle Angestellte, welche unter 60 Mt. Wochenlohn erhalten, für die übrigen auf 5 Mt. und dem entsprechend in auch die Bemessung der zu zahlenden Summe bei Sterbe-, Krankheits- und Unfallfällen, Witwen und Waisen erhalten bis zum Tode oder Wiederverheirathung, bezw. bis zur Großjährigkeit wöchentliche Unterhaltungen, die sich nach der Länge der Zeit bemessen, während welcher der Angestellte Mitglied war. Da die Verwaltungen nicht wie in reaktionär regierten Staaten, der Arbeiterbewegung ablehnend gegenüberstehen, so sind Streikfonds kaum benötigt, kann man die gesamten Einnahmen zum Wohle der Mitglieder und zur Förderung ihres Bestandes verwenden. Die Ortsverbände führen an die Zentralkasse sämtliche 10 Mt. betragende Beitragselder und zwei Drittel der Mitgliederbeiträge ab. Die Unterhaltungselder zahlt der Zentralverein aus, bezw. wenn die Ortsverbände an, sie von den zu übermittelnden Beiträgen zu kürzen. Die Zentrale befreit gleichfalls die Unterhaltungskosten der in jedem Orte zur geimigen Fortbildung der Mitglieder errichteten Bibliotheken, die mit wissenschaftlichen und belehrenden Büchern reichlich ausgestattet sind, hingegen zahlen die Ortsverbände die für das von 9 Uhr früh bis 10 Uhr abends geöffnete Lesezimmer benötigten Zeitungen und Zeitschriften. Am Tage des Zentralvorstandes, in Melbourne, befindet sich ein großes Warenlager, aus dem die Mitglieder alle erdenklichen Bedürfnisgegenstände zu einem Preise, der erheblich unter dem marktüblichen steht, beziehen können. In den größeren Orten gibt es Filialen, welche der Aufsicht der Lokalverbände unterstehen. Der aus diesen Konsumgeschäften erzielte Nutzen ist so bedeutend, daß er die Durchführung einer sehr leistungsfähigen Einrichtung erlaubt. Der Zentralverband strebt nämlich jedem Mitgliede, das ein Grundstuck käuflich zu erwerben wünscht, drei Viertel der Werthsumme vor, sobald der

Ortsverband sich dafür verbürgt, daß in regelmäßig einzubaltenden bestimmten Raten Darlehen nebst Zinsen getilgt werden. Infolge dieser wohlwollendsten Organisation ist eine bemerkenswerte Linderung der wirtschaftlichen Lage unter den jüdischen Angestellten Australiens erzielt worden, welche auch auf die soziale Stellung und die Lebensführung nicht ohne Wirkung blieb. Vor Allem sind die Schranken gefallen, welche Ueberhebung zwischen Beamten und Arbeitern zog; beide finden in der Organisation den Vereinigungspunkt, den sie sonst vergeblich suchten.

C. Kalt, Ronleaux.

Verbandstheil.

Verbandsvorsitzender: **H. Fiebig, Berlin S., Urbanstra. 31.** Geschäftsführender Sekretär des Verbandes: **Dr. Voersch, Berlin W. 30, Gleditschstr. 49.** Treuhänder von 9 bis 1 Uhr. Verbandskassierer: **H. Vosskuhl, Berlin N. 55, Erdenowstr. 45.** Alle Korrespondenzen, Anfragen etc. sind nur an den Verbandskassierer, alle Geldsendungen: sind nur an den Verbandskassierer zu richten.

Schaumachung.

Wir machen darauf aufmerksam, daß nach § 3 des Statuts, Absatz 2, ein jedes Mitglied vierteljährlich 10 Pf. Delegiertensteuer zu zahlen hat. Einige Zentral-Vorstände scheinen diese Bestimmung nur ungenügend zu kennen; denn wie aus den eingehenden Abrechnungen hervor geht, stellen sie es in das Belieben ihrer Mitglieder, ob sie die Delegiertensteuer zahlen wollen oder nicht. Wir fordern hierdurch die betreffenden Zentral-Vorstände auf, dafür Sorge zu tragen, daß jedes Mitglied vierteljährlich eine Delegiertensteuer-Marke einreicht. Treuhänder Mitglieder, welche dieses noch nicht getan haben, müssen die Delegiertensteuer nachträglich einreichen. Die Zentral-Vorstände haben umgehend die rückständigen Delegiertensteuer zu erheben und sie an den Verbandskassierer abzuführen. In anderen Fällen schicken wir die uns eingehenden Abrechnungen als unrichtig zurück. Wir müssen schon aus Rechts- und Billigkeitsgründen derartig verfahren, da die meisten Zentralen ihre Delegiertensteuer prompt abführt haben.

Bei der Hauptkasse lesen folgende Gelder ein: Charlottenburg 69.90, Berlin VIII 33.20, Berlin IV 48.75, Rannbrunn 126.27, Berlin VI 44.25, Magdeburg 122. Berlin II 103.75, Berlin I (Müllerstr.) 42.85, Berlin Ia (Danzigerstr.) 78.40 Mk.

Für den Verbands-Vorstand:
Dr. Voersch.

Korrespondenzen.

Berlin. Die Stadtverordnetenwahlen und die jüdischen Arbeiter laute das Thema einer stark besuchten Versammlung der jüdischen Arbeiter, die am Mittwoch, den 25. Oktober, im Eichert's Saal lagte. Bruno Vorisch leitete seinen Vortrag ein mit dem Hinweis darauf, daß die jüdischen Arbeiter ein doppeltes Interesse an den Kommunalwahlen haben. Einmal als Bürger und Wähler, kann aber auch als Arbeiter, deren Arbeitgeber die Stadtverordneten gewissermaßen seien, denn es hänge doch wesentlich von der Stadtverordnetenversammlung ab, wie sich die Lage der jüdischen Arbeiter gestalte. Gegenwärtig seien die jüdischen Betriebe nichts weniger als Munizipalitäten. Die Verhältnisse der höheren und mittleren Beamten seien ja zufriedenstellende, dagegen ließen die Lohn- und Arbeitsbedingungen der jüdischen Arbeiter viel zu wünschen übrig, ja sie kämen in vielen Fällen nicht einmal den Verhältnissen in Privatbetrieben gleich. Unter Anderem kam der 91. Diner auch auf den Jahresbericht des Direktors des Schlachthofes zu sprechen und meinte, dieser Bericht enthalte in Betreff der Arbeitslöhne unrichtige Angaben. Es sei nicht wahr, daß die jüngsten Arbeiter einen Mindestlohn von 2.75 Mk. erhalten, sie bekämen nur 2.25 Mk., und Arbeiter, die mit 3.50 Mk. eingestellt werden, gebe es überhaupt nicht auf dem Viehbof. Der Redner ging des Näheren auf die einschlägigen Verhältnisse ein und führte an der Hand eines reichen Tatsachenmaterials den Nachweis, daß das Aussehen der Arbeiter in eine höhere Lohnklasse oft von der Günstigkeit der betreffenden Beamten abhängt, daß Arbeiterauslässe in den meisten jüdischen Betrieben nicht vorhanden seien, und daß, wo solche beständen, sie gar nicht in Funktion treten. Der Redner wies

weiter darauf hin, daß den jüdischen Arbeitern das Petitionsrecht geschnitten werde, und vom Koalitionsrecht könne man sagen, es sei durch den Rassistat zwar anerkannt, aber der Gebrauch davon mache der werde von den Beamten gemäßregelt. Es vergehe fast kein Tag, wo nicht seitens eines Betriebsleiters oder sonstigen Beamten Petitione gegen das Koalitionsrecht der jüdischen Arbeiter vorkommen, ja sogar schwarze Listen seien in manchen Betrieben eingeführt. Nur wenige jüdische Beamte gebe es, welche die Rechte der Arbeiter anerkennen. Der Redner erinnerte daran, daß die jüdischen Arbeiter schon zu verschiedenen Malen ihre Klagen und Beschwerden in Versammlungen vorgebracht haben, zu denen auch sämtliche Stadtverordneten rechtzeitig eingeladen worden sind.

Im Berliner Stadtverordneten-Kollegium gebe es eigentlich nur zwei Parteien, die liberale und die sozialdemokratische. Von den liberalen Stadtverordneten sei aber keiner zu den Versammlungen erschienen. Das beweise aufs Deutlichste, daß die Angehörigen jener Partei von den Interessen der jüdischen Arbeiter nichts wissen wollen. Dasselbe gelte von den liberalen Zeitungen. Auch diese kümmerten sich im gegenwärtigen Wahlkampf nicht im mindesten um die Verhältnisse der jüdischen Arbeiter. In den Sitzungen der Stadtverordneten-Versammlung habe man bisher gesehen, daß jedesmal, wenn ein sozialdemokratischer Stadtverordneter für die Interessen der jüdischen Arbeiter eintrete, die liberalen Vertreter mit abfälligen und unwilligen Bemerkungen antworteten. Da stüben nur die sozialdemokratischen Stadtverordneten für die Wünsche der jüdischen Arbeiter eintreten und deren Rechte wahrnehmen haben, so können die jüdischen Arbeiter, obwohl ihre gewerkschaftlichen Bestrebungen mit der Politik nichts zu thun haben, nur in den sozialdemokratischen Stadtverordneten die Vertreter ihrer Interessen erblicken. Die zweifelhafte Ausführung des Redneren wurden mit lebhaftem Beifall aufgenommen. In der nun folgenden Diskussion nahm auch der sozialdemokratische Stadtverordnete Stadthagen das Wort. Er führte aus, daß die Vorstände, unter denen die jüdischen Arbeiter, wie die Arbeiter überhaupt leiden, ein Verbandstheil der bürgerlichen Gesellschaftsordnung seien und ersuchte die Anwesenden, die Gelegenheit der bevorstehenden Wahl zu benutzen, um neue Anhänger für die Sozialdemokratie zu werben. Auch diese Rede fand großen Beifall. Von den liberalen Stadtverordneten war niemand erschienen. Die Versammlung nahm folgende Resolution an:

Die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter und Unterangestellten der jüdischen Betriebe Berlins erklären: ihre gewerkschaftliche Bewegung steht prinzipiell auf dem Standpunkt, daß sie sich keiner benannten politischen Partei verschreibt, sondern den Grundlag der Partei wahr, d. h., es ihren Anhänger überläßt, zu welcher Parteirichtung sie sich bekennen wollen. — Die bevorstehenden Stadtverordnetenwahlen und die gegenwärtigen Lohn- und Arbeitsbedingungen der jüdischen Arbeiter zwingen diese aber zur Stellungnahme, in welcher Stadtverordneten-Landtag sie die Vertreter ihrer Interessen erblicken. In Erwägung, daß die liberalen liberalen (freisinnigen) Stadtverordneten in sämtlichen Versammlungen der jüdischen Arbeiter, zu welchen sie brieflich eingeladen waren, fern blieben, 2. im Stadtverordneten-Kollegium sich nicht den Interessen der jüdischen Arbeiter aus eigener Initiative annehmen, 3. die leitende freisinnige Presse sich in der gegenwärtigen Wahlkampagne entweder gar nicht mit der Lage der jüdischen Arbeiter befaßt oder gegen eine Vertretung derselben ausgeprochen hat, 4. die liberalen Wähler-Versammlungen dasselbe Bild zeigen,

erklären die jüdischen Arbeiter nicht für die freisinnigen Stadtverordneten-Kandidaten eintreten zu können.

Da bisher allein die sozialdemokratischen Stadtverordneten sich der Lage der jüdischen Arbeiter angenommen haben, so erblicken die Versammelten in diesen die Vertreter ihrer Interessen. Sie können daher bei den bevorstehenden Wahlen nur für die sozialdemokratischen Kandidaten eintreten und richten die Versammelten an alle wahlberechtigten Bürger Berlins, denen das Wohl der jüdischen Arbeiter am Herzen liegt, die Stute, dasselbe thun zu wollen.

Nach Erledigung dieses Punktes wurden Vorisch und Herrmann als gewerkschaftsdelegierte und David als deren Stellvertreter gewählt.

Berlin. Am 16. Oktober fand bei Eichert, Andreasstr. 21, eine öffentliche Versammlung sämtlicher Laternenwärter statt,

welche sich mit der Lohn- und Hubetagsfrage beschäftigte. Zum 1. Punkt der Tagesordnung berichtete Roersch in ausführlicher Weise über die Beschlüsse der Vertrauensleute wonach den Reservisten ein Lohn von 66 M., denjenigen Vatermännern, welche ein Hevier erbauten, ein solcher von 70 M., ferner nach 3 Jahren 75 M., und nach weiteren 3 Jahren 80 M. monatlich gezahlt werden soll. Die Vertrauensleute beauftragten die Vertrauensleute diese Forderung dem Magistrat zu unterbreiten. Im Bericht der Hubetage berichtete die Expedition, welche am 12. Oktober bei Herrn Stadtrat Namelau vorstellig geworden war, daß der gewünschte 24stündige Hubetag und das Taufrecht eingeführt werden soll. Die Versammelten nahmen folgende bezügliche Resolution an:

Die Versammelten erkennen es dankend an, daß Herr Stadtrat Namelau den gewünschten Hubetag und das Taufrecht bewilligt hat und hoffen, daß die Verwaltung die Zugeständnisse bald einführen wird. Der gewünschte 24stündige Hubetag ist von der Verwaltung am 20. Oktober zur Durchführung gebracht worden.

Mannheim. Die Sitze III hielt am 21. Oktober eine Mannheimer Versammlung ab. Die Tagesordnung derselben lautete: 1. Aufnahm neuer Mitglieder und Zahlung der Beiträge. 2. Vortrag des Herrn Dr. Th. Friedmann über Lungen- und Nierenkrankheiten. 3. Verschiedenes.

Der 1. Punkt war, wie immer, bei Eröffnung der Versammlung bereits erledigt und erhielt Herr Dr. Friedmann das Wort. Hiebher behandelte in 1 1/2 stündigem Vortrag die Lungen- und Nierenkrankheiten und wies an der Hand anatomischer Präparate nach, daß die Schwundbrust hauptsächlich in Atemnot besteht, welche epidermis ausstritt, und daß die lange Arbeitszeit, die schlechte Ernährung, die mangelhaften, jeder sanfteren Vorrichtung bühnen sprechenden Wohnungsverhältnisse, diesem Bürgergegend Vorhubs leihen. Nachdem Herr Dr. Friedmann, daß bereits die Städte Berlin, Stuttgart, Frankfurt a. M. und andere Sanatorien zur Heilung der Lungen- und Nierenkrankheiten unter ihren Arbeitern errichtet haben, Mannheim aber so weit noch nicht sei, gab er noch verschiedene Rathschläge, wie man sich vor dieser Seuche hüten könne und wie sie zu bekämpfen ist. Hiebher besaß der Herr Dr. Friedmann für seinen interessanten Vortrag. Der Vortragende dankte ihm im Namen der Anwesenden.

Unter Punkt 3 wurden noch verschiedene Angelegenheiten fruchtlos, so z. B. soll ein Arbeiter mit 15-jähriger Dienzeit nicht mehr beschäftigt werden, weil er krank war und seinen Dienst nicht mehr versehen kann. Warum giebt man ihm keine bessere Arbeit? Desgleichen soll ein Arbeiter mit 20-jähriger Dienzeit, welcher das volle Vertrauen der Arbeiter bezieht, mit 902 M. pensioniert werden, weil er ebenfalls krank war. Die Versammlung nahm gegen diese Maßnahmen entsprechende Stellung und soll der Ausführenden bezügliche Schritte unternehmen.

Aufgenommen wurden 10 neue Mitglieder, so daß jetzt 125 sind.

Streiks und Lohnbewegungen.

Die internationale Streikfront der Berliner Halbmonatschrift „Der Arbeiter“ schreibt, daß die Zahl der neu begrenzten Streiks nach vorübergehendem Sinken im August im September fast wieder wesentlich erhöht sei. In Deutschland folgten Frankfurt und England zusammen haben im September 169 Ausstände begonnen gegen 145 im Vormonat. Das meiste Aufsehen hat der Streik von Le Creusot erregt, der am 21. September begonnen und am 7. Oktober durch einen Unfallschreck des französischen Ministerpräsidenten beigelegt wurde. Im Gegenzug dazu steht die Behandlung der Streikenden in England und im September die großen Ausstände in Rußland. Polen zu Ende gingen. 1500 Arbeiter aus Warschau und den Gegend wurden zur Strafe in die Heerhaft verbannt, über 1000 in den Gefängnissen von Warschau, Brest-Lit., Lemberg, Posen, Lodz u. s. w. untergebracht.

Die Gehilfengewerkschaft des Zornauschusses und „Amies der heutigen Zukunfts“ haben einen Antrag an diejenigen Berufsvereine, welche noch nicht zu den Bedingungen des Tages arbeiten, in dem dieselben aufgestellt worden, in eine Petition zur Erringung des Tages einzureichen. Der Streik der Eisenarbeiter ist beendet. Folgende Zugeständnisse wurden den kämpfenden gemacht: Berlin: Im Sommer achtstündige Arbeitszeit und 70 Pf. Monatslohn. Im Winter achtstündige Arbeitszeit und 70 Pf. Monatslohn. Im März ab um 15 und vom 1. Oktober ab um 20 Pf. erhöht. Im Pommerschen Bezirke erhöht sich der Lohn um 10 Pf. Auch der Lohn der Eisenarbeiter wurde erhöht.

In Dresden und Borna handelte es sich um Abwehr einer Lohnkürzung, die nun unterbleibt.

Bundsdien.

In Fürth legte das Gemeinde-Kollegium eine permanente Kommission zur Prüfung sozialpolitischer Fragen ein. Die erste Frage, mit der sich diese Kommission beschäftigen soll, ist die Errichtung einer Zuschusskasse für die arbeitsfähigen Rentner invalider gewordenen hiesiger Arbeiter aus der Unfall- sowie Invaliditäts- und Altersversicherung.

Reinigung der Dampfkessel. Nach der „Mechanical World“ sind mit der Reinigung der Dampfkessel zwei Uebelstände vornehmlich verbunden und zwar hauptsächlich da, wo das System der Reinigung oder Reinigung des Aufzuges an den Kesselnenden unter Dampfdruck angewandt wird. Der erste dieser Uebelstände ist, daß die inneren Flächen der Kesselschleife der Feuer des Kesselmauerwerks ausgeglüht sind, wobei während der Reinigung der Aufzug seit an den Kesseln hält und nur durch Hämmern befreit werden kann. Zweitens werden die Kesselnenden undicht und locker, indem sie der Hitze des Mauerwerks ausgesetzt sind und nicht mehr mit Wasser bedeckt sind. „Mechanical World“ macht nun noch einer uns zugegangenen diesbezüglichen Mitteilung des Patent- und technischen Bureau von Richard Vaders in Görlitz den Vorschlag, daß man den Dampfdruck bis auf eine Atmosphäre oder noch weniger verringert, bevor der Kessel geleert wird; dann soll man dem Kessel Zeit lassen vollkommen kalt zu werden. Nachdem nun das Wasser gänzlich abgelassen ist, reinigt man das Innere mittels Schlauch und hartem Wasserstrahl. Dieses Verfahren ist bereits an vielen Kesseln angewandt worden und hat man überall das Innere vollkommen rein gemacht. Der Aufzug oder Kesselschleife löst sich leicht ab und soll das Hämmern oder Abmeißeln durchaus nicht nötig sein. Einmauerter Kessel werden in acht Tagen vollständig kalt, jedoch kann man bereits nach drei Tagen die Hitze von Holz und Asche hängen, welches meistens zur raschen Abkühlung des Wassers im Kessel beiträgt. Wir möchten in das von der „Mechanical World“ angegebene Verfahren einige gesunde Zweifel setzen, da die Kessel zweifellos unter einer solchen Behandlung undicht werden würden. Den Kesseln gereinigter Kessel würden wir zunächst auf keinen Fall die Anwendung des Wassers raten — inwiefern geschweißte Kessel sich widerstandsfähig gegen eine solche Prozedur erweisen können, dürfte ein vorläufiges Experiment in Borna erweisen.

Jeder Arbeiter, jeder Handwerker sollte zur Arbeit die Lederhose Hercules tragen.

Allein Verkauf sehr hart. Ware in praktischen grauen und braunen Streifen. hinten und vorn am Bund aus einem Stück gearbeitet. Kniehöhlen u. Korpshöhle. Jede Lederhose-Taschen. die Hose 4 Mk. 50 (bei Entnahme von 6 Stück 26 Mk.). Glatte indigoblaue Leder für Maschinen, Monteur etc. 1 Mk. 90. Glatte indigoblaue Leder für Maschinen, Monteur etc. 1 Mk. 50. Prima Manchester-Hose 8.— 5 Mk. 50. Glatte indigoblaue Leder für Maschinen, Monteur etc. 13.— 10.—. Platten-Hose in Kanten-Art 2 Mk. 25. Maschinen-Hose (braun) 2 Mk. 40. Glatte indigoblaue Leder für Maschinen, Monteur etc. 2 Mk. 90. Glatte indigoblaue Leder für Maschinen, Monteur etc. 2 Mk. 50.

Baer Sohn

En gros Export. En détail.

Berlin N., Chausseestr. 21a. Fr. Frankfurterstr. 16. Berlin SO., Grünauerstr. 11.

Die 13. Preisliste über gesamte Herren- und Knaben-Bekleidung wird gratis und franko versandt. Bestellt von 2 Mk. an franko. — Bei Bestellung genügt Angabe der Größe und Maßweite und Schmittlänge.

Vertrieb: Hermann Bruno Kohn, Berlin, Wilhelmstr. 49. und von Kohn & Kohn, Berlin 8, Potsdamer 11.

Beilage zu „Die Gewerkschaft“.

Nr. 21.

Berlin, 5. November 1899.

3. Jahrg.

Aus unserem Beruf.

Feste Anstellung händischer Arbeiter nach einjähriger Dienstzeit in Zürich. Der Zürcher Große Stadtrat hat einen sozialdemokratischen Antrag am 11. Oktober angenommen, die händischen Arbeiter nach einjähriger Dienstzeit mit Monatsgehalt und monatlicher Kündigung anzustellen. Darnach werden etwa 80 Arbeiter weiter fest angestellt, erhalten statt Wochen- und Stundenlohn einen Monatslohn, den Fortbezug des vollen Lohnes während Krankheit und militärischer Dienstzeit statt der jetzigen 70 pCt. Die Nebenausgabe für die Stadt wird auf 3500 Frs. das Jahr berechnet.

In Dresden beantragte der Rath (Magistrat) ihm 300 000 Mk. aus den Ueberschüssen der städtischen Sparkasse zur Erbauung von Häusern für händische Beamte und Arbeiter zu bewilligen. Die Stadtratskommission erklärte sich jedoch dagegen.

In Göttingen wurden 38 000 Mk. zur Erbauung eines Hauses für die Familien von 15 händischen Arbeitern bewilligt. Die Wohnungen sollen jährlich 125–135 Mk. kosten.

Der national-sozialistische Parteitag und die händischen Arbeiter. Immer weitere Kreise erkennen es an, daß die Gemeinden ihre Betriebe zu Musteranstalten machen sollen. So auch der letzte national-sozialistische Parteitag. Letzter nahm in seinem Kommunalprogramm bezüglich der händischen Betriebe folgenden Passus auf:

„Entscheidung von Arbeitervertretungen: Einführung einer Gehaltskala, der Pensionsberechtigung und einer Hinterbliebenen-Versicherung nach einer billigen zu bemessenden Wartezeit; die Löhne dürfen dabei nicht unter den Durchschnittslohn des betreffenden Gewerbes sinken; Herstellung von Wohnungen für händische Angestellte und Arbeiter.“

Gewerbegerichte und händische Arbeiter. Der Verbandeshelfer Goebel, welcher bei der Vermählung des Berliner händischen Schlicht- und Viehbofs als Arbeiter tätig war, wurde von denselben fürchtbar entlassen. Da bei seiner Einstellung nichts über eine Kündigungsgesetz ausgemacht worden war, so glaubte er sich auf § 122 der Reichs-Gewerbeordnung berufen zu können, der besagt, daß eine 14-tägige Kündigungsfrist besteht, wenn nichts Anderes verabredet ist. Aber wollte er die Vermählung des händischen Schlicht- und Viehbofs bei dem Berliner Gewerbegericht wegen 14-tägiger Kündigungsfrist verklagen. Dieses lehnte jedoch die Annahme der Klage ab, da das Gewerbegericht nur für gewerbliche Betriebe zuständig sei, der Schlicht- und Viehbof aber ein gemeinnütziges Unternehmen wäre. Der leben daraus wieder, wie notwendig es ist, daß die gesamte Arbeiterbewegung auch auf alle händischen Betriebe ausgebeugt wird, da heute ein großer Teil der händischen Arbeiter sich im vogelfreien Zustande befindet.

Das Verhalten des Direktors Hansburg vom Berliner händischen Schlicht- und Viehbof einerseits, andererseits das Verhalten der Arbeiter. In Schremschreie macht die Anwesenheit irgend der Lectionenmittel notwendig. Man müßte die Arbeiter in der etwa haben Morgen gegen in runden eingeweihten Schremschreie, sowie auch in der neuen Halle und in unmittelbaren Liehbrücken arbeiten, ohne daß sie mit einer irgendeiner irgendeiner Schremschreie gegen die scharen Lectionenmittel versehen sind. Es gibt zwei Segelrichtungen, aber diese sind ebenfalls in diesem Zustande. Auch und noch jede Paar polstern vorhanden, doch kann in diese der Raft von oben brennen. Die Folgen der ungenügenden Sicherung bestehen für die Arbeiter nicht allein in unbrauchbar gemachten Kleidungsstücken, sondern auch in gefährlichen Verletzungen der Hände und Füße.

Die Wünsche der Arbeiter um Anschaffung genügender Schuttmittel sollen andererseits unberücksichtigt bleiben. Denn alle Vorrichtungen waren bis jetzt erloschen und eine am 11. Nov. v. J. an das Kuratorium des Viehbofs gerichtete Petition der Arbeiter ist bis jetzt unbeantwortet geblieben. Ebenso ist eine Deputation, welche schon am 12. Januar d. J. bei Herrn Stadt-

rath Hübner die Beschwerden und Wünsche der Viehbofsarbeiter vorbringen sollte, bis heute noch keines Bescheides gewürdigt worden.

Ein händischer Beitrag zu dem Kapitel: Freiwinnige kommunale Arbeiterführer!

Noch etwas von Herrn Herrn Direktor Hansburg. Kürzlich wurde auf dem Berliner händischen Schlicht- und Viehbof der Arbeiter Goebel entlassen. Die Entlassung erfolgte deshalb, weil Goebel angeblich zu seinen Mitarbeitern gesagt haben soll: „Wenn der Arbeiter nicht da ist, brauchen wir nicht soviel zu thun.“ Goebel bestritt ganz entschieden, diesen Ausdruck gethan zu haben und verlangte daher von Herrn Direktor Hansburg, daß er ihm die Person nenne oder vorstelle, zu der er fragliche Äußerung gethan haben soll. Herr Direktor Hansburg weigert sich jedoch, die betreffende Person zu nennen. Dabei kann man es den händischen Schlicht- und Viehbofsarbeitern auch gar nicht übel nehmen, wenn sie glauben, daß Herr Direktor Hansburg die angebliche Äußerung des Goebel „selbst erlunden“ hat, um Goebel los zu werden, der ihm infolge seiner organisatorischen Thätigkeit unheimlich wurde.

Herr Anklamm Andre Schuler. Bei den Straßenkolonnen der Berliner Wasserwerke sind einige Leute beschäftigt, die nach der neuen Lohnregelung berechtigt waren, pro Stunde 1 Pf. Lohnzulage zu verlangen. Ihre Forderung wurde ihnen jedoch mit der Begründung abgeschlagen, daß die Zeit, wo sie beim Erweiterungsbau tätig waren, nur zur Hälfte angerechnet werden kann. Nach dieser Handhabung arbeiten die Betroffenen erst seit dem Jahre 1893/94 bei der Stadt Berlin, trotzdem sie schon seit 1890/91 bei ihr beschäftigt sind. Man sagt sonst: „Geld und Zucker bringen die größten Quantitäten in der Logik herbei; man muß aber noch hinzulegen.“ Die Berliner Wasserwerke auch. — 2, 2 ist bei denen 3 und nicht wie bei anderen Sterblichen 4.

Das Stuttgarter Tiefbauamt beschäftigte im Juli d. J. beim Straßentbau 229 Personen, die einen durchschnittlichen Tagelohn von 825 Mk. erhalten. Bei der Straßengeräumung waren 126 Personen mit einem durchschnittlichen Tagelohn von 810 Mk., und bei dem Kanalbau 70 Arbeiter mit einem durchschnittlichen Tagelohn von 810 Mk. beschäftigt.

In der händischen Betriebskrankenkasse von Stuttgart waren Ende Juni d. J. 1099 Personen, unter denen 195 weibliche befanden, versichert. Es kamen in dem genannten Monat 55 Erkrankungen und 1 Todesfall vor.

Litterarisches.

Die im Reichstag bevorstehende Kampagne gegen die Suchtbauvorlage leidet der **Postillon** in einer ganz trefflichen Nummer ein. Die Hauptmasse dieser Nummer, das köstliche Quertblatt, das wohlbelungene Kunstbild, welches letzteres das Ideal eines Bauhüttenarabes behandelt, sind gut gezielte Pfeile gegen die Suchtbauvorlage. Das beste ist jedoch das Schlußbild „Schutz der nationalen Arbeit“ von E. M. (Siegfried Mayer) dem famosen Mitarbeiter des Postillon. Auch in dem reichhaltigen Text wird der Suchtbauvorlage geistreich und geistreich zu Leibe gegangen. Kleinere Illustrationen dieser Nummer behandeln den Darmstückerprozeß und die Transvaalfrage.

Neuere Fortschritte auf dem Gebiete der Elektrizität. Von Prof. Dr. H. G. 34 Abbildungen im Text. „Aus Natur und Geniewelt.“ Sammlung wissenschaftlich-gemeinverständlicher Darstellungen aus allen Gebieten des Wissens. Zwölfmonatliche Bandchen zu je 20 Pf., sechsmonatlich gebunden zu je 115 Pf., oder 54 wöchentliche Lieferungen zu je 20 Pf. Verlag von H. G. Teubner in Leipzig.

Die Elektrizität steht im Vordergrund des wissenschaftlichen wie des praktischen Interesses, den Einen veranlaßt die Teilnahme an den ja hier außerordentlichen Fortschritten der Wissenschaft, den Anderen die Verührung mit der Elektrizität in der Praxis, sich über die Gehege dieser Naturkraft und ihrer Anwendungen genauer zu unterrichten. Die in diesem Bändchen

veröffentlichten Vorlesungen über die neueren Fortschritte auf dem Gebiete der Elektrizität sind für solche bestimmt, die den Wunsch haben, ohne ein größeres Spezialwerk zur Hand nehmen zu müssen, ein tieferes Verständnis der interessanten Erscheinungen und neuen Entdeckungen zu gewinnen, die in aller Munde sind.

In vorzüglicher Weise dürfte es dem Verfasser gelingen sein, indem er dabei die grundlegenden Gesetze der Elektrizität erörtert, leicht verständlich, aber zugleich auch für jeden Fachmann interessant die erwähnten Themata zu behandeln.

Wir wünschen dem Bändchen bei dem billigen Preise und der geschmackvollen und gediegenen Ausstattung eine recht weite Verbreitung.

In freien Stunden. Illustrierte Romanbibliothek für das arbeitende Volk (Berlin, Verlag der Buchhandlung Vorwärts. Preis pro Heft 10 Pf.). In Heft 40 beginnt der psychologische Roman „Vergeltung“ von Hector Malot. Zum Abschluß des Halbjahres folgt dann „Magdalena Dornis“, ein moderner Roman von Felix Holländer, der das Problem des sinnlichen, von seiner Leidenschaft schrankenlos beherrschten Weibes behandelt. Neben dem Roman enthalten die Hefte: Feinsner Abderrettengeschichten; Spag und Spägen, ein Gedicht; Dies und Jenes; Wig und Scherz. Wir können unseren Lesern diese Romanbibliothek auf das Wärmste empfehlen. Jeder Kolporteur nimmt Bestellungen darauf entgegen.

Die vorliegende Nr. 21 des „**Südd. Postillon**“ (München, Verlag von M. Gersch) ist wiederum reich an Beiträgen politischer und gesellschaftlicher Satire, von denen 6 besonders hervorzuheben ist, das zweifelhafte Mittelbild: „Der Glimmscher“, eine überaus treffende Glorifizierung Manuellerer Exorzismen.

Von der „**Neuen Zeit**“ (Stuttgart, Frey Verlag) ist soeben das 4. Heft des 18. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt heben wir hervor: Kapitalistische Hetzrede. Der Parteitag von Hannover. Von R. Kautsky. Ursprung der Idee des Guten. Von P. Valargue. (Fortsetzung). Die sozialistische Parteibewegung in den Vereinigten Staaten. Von G. Diezgen (Chicago). — Vom „wahren“ Marxismus. Von Franz Mehring. II. Feuilleton: An der Schwelle des neuen Jahrhunderts. Eine naturwissenschaftliche Umschau von Dr. Friedrich Rauter.

Briefkasten.

Leipzig II. und Berlin IX. Die eingesandten Berichte können erst in der nächsten Nummer gebracht werden, da sie hier zu spät eintreffen. Die Redaktion.

Versammlungs-Anzeiger.

Filialen, die ihre Versammlungen unter dieser Rubrik bekannt geben wollen, müssen dieserhalb Mitteilung an die Redaktion machen. Jede Anberung ist gleichfalls schriftlich mitzutheilen.

Berlin I. (Anhalt Müllerstraße) Montag, den 20. Novbr., Abends 7 Uhr, Vortragsabende 3.

Berlin Ia. (Anhalt Dampferstraße) Am Dienstag, den 7. November.

Berlin II. (Kanalisations-Arbeiter) Jeden Sonntag nach dem 15. des Monats bei Mörschel, Jüdenstraße 35/36, Abends 7 Uhr.

Berlin III. (Wasserwerks-Arbeiter). Am 15. jeden Monats bei Busch, Grenadierstr. 33.

Berlin IV. (Desinfektoren) Alle Mittwoch nach dem 1. jeden Monats bei Wildgrube, Mueselauerstr. 31, Abends 8 1/2 Uhr.

Berlin V. (Marshallen-Arbeiter) Jeden Sonntag nach dem 15. des Monats bei Lange, Dragonerstr. 16, Nachmittags 5 1/2 Uhr.

Berlin VI. Donnerstag, den 16. November, Vormittags 11 Uhr, Andreaskirchstr. 21.

Berlin VII. (Schlach- und Viehhofs-Arbeiter). Dienstag, nach dem 1. Abends 7 Uhr, Frankfurter Allee 174.

Berlin VIII. (Arbeiter des städtischen Kohlenplatzes). Mittwoch nach dem 15. Schillingstraße 1.

Berlin IX. (Arbeiter der Hevier Inspektionen etc.) Jeden Donnerstag nach dem 15. bei Busch, Grenadierstr. 33.

Bremen. Am 2. Dienstag jeden Monats im Vereinshaus Hansestraße.

Charlottenburg. 23. November, Gambinus, Brauerer, Wallstraße.

Friedrichshagen. Sonntag, den 12. Novbr., Abends 7 Uhr, Seeplatz 99.

Halle a. S. Jeden Sonntag nach dem 7. und 22., Nachmittags 3 1/2 Uhr, Gr. Märkerstr. 16.

Königsberg i. Pr. Jeden 1. Montag im Monat, Abends 7 1/2 Uhr in der Phonihalle.

Lichtenberg. Jeden Mittwoch nach dem 20. des Monats im „Jüdischen Wollgang“.

Magdeburg II. (Straßenreiner, Canalisation etc.) 5. November, 4 1/2 Uhr, im „Goldenen Kopf“.

Mainz. Jeden 1. Sonntag im Monat, Nachm. Mitglieder-Versammlung, im Restaurant „Zur Wanz“, Pfaffengasse.

Mannheim II. Jeden 2. und 4. Freitag im Monat, 6 1/2 Uhr Abends bei Bögel, H. 4. 8.

Mannheim III. Jeden 1. und 3. Sonntag, 2 1/2 Uhr, H. 3. 3 bei Lemmer.

Morheim. Jeden 1. Dienstag im Monat Mitglieder-Versammlung im „Goldenen Löwen“.

Münster. Mittwoch, 22. Nov., Bergstr. 144, Abds. 7 1/2 Uhr.

Stuttgart I. Jeden 1. und 2. Sonntag im Monat, 2 Uhr Nachmittags, zum „Stern“.

Stuttgart II. Jeden 2. Montag im Monat, Abends 9 Uhr, „Gewerkschaftshaus“.

Filiale Berlin VI. (Laternen-Anzunder.)

Am 6. Oktober (sied freiwillig aus dem Leben unser Mitglied

Karl Gesche.

Ehre seinem Andenken!

== Neue Werke für die Hausbibliothek. ==

Das Deutsche Volkstum.

Unter Mitwirkung der vorliegenden Fachkommission herausgegeben von Dr. Hans Meyer. Mit 39 Tafeln in Farbendruck, Holzschnitt und Kupferstich. In Halbleder gebunden 15 Mark oder in 14 Lieferungen zu je 1 Mark.

Geschichte der Deutschen Litteratur.

Von Dr. Hans Meyer. Mit 19 Abbildungen im Text, 25 Tafeln in Farbendruck, Holzschnitt und Kupferstich und 34 Exkurs-Bogen. In Halbleder gebunden 15 Mark oder in 14 Lieferungen zu je 1 Mark.

Geschichte der Englischen Litteratur.

Von Professor Dr. Richard Wülker. Mit 19 Abbildungen im Text, 25 Tafeln in Farbendruck, Holzschnitt und Kupferstich und 34 Exkurs-Bogen. In Halbleder gebunden 15 Mark oder in 14 Lieferungen zu je 1 Mark.

Geschichte d. Italienischen Litteratur.

Von Dr. Hans Meyer. Mit 19 Abbildungen im Text, 25 Tafeln in Farbendruck, Holzschnitt und Kupferstich und 34 Exkurs-Bogen. In Halbleder gebunden 15 Mark oder in 14 Lieferungen zu je 1 Mark.

Das Weltgebäude.

Eine gemeinverständlich illustrierte. Herausgegeben von Dr. M. W. Meyer. Mit 287 Abbildungen im Text, 1. Karten und 31 Tafeln in Farbendruck, Holzschnitt und Kupferstich. In Halbleder gebunden 15 Mark oder in 14 Lieferungen zu je 1 Mark.

Meyers Kleines Konversations-Lexikon.

Kocher, ganzlich umgearbeitet und neu bearbeitet. Mit 19 Abbildungen im Text und 279 Seiten Text mit etwa 100 Illustrationen, darunter 26 Farbendrucktafeln und 26 Karten und Pläne, und 24 Exkurs-Bogen. 4 Bände in Halbleder gebunden zu je 15 Mark oder in 20 Lieferungen zu je 39 Pf. (im Erscheinen.)

Prospekte gratis. Probehefte stehen zur Ansicht zu Diensten.

== Verlag des Bibliographischen Instituts in Leipzig ==

Verantw. Redakteur: Bruno Porich, Berlin, Gleditschstr. 49.
Trud von Maurer & Dimmid, Berlin S., Luisen-We 11.